



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die

## Die politische Lage in Deutschland Fehlstart des Kandidaten

Deutschland und Europa fahren mit uns am besten

Es sollte ja noch gar nicht bekannt werden, aber am Ende hatte SPD-Chef Gabriel das Heft des Handelns nicht mehr in der Hand. Nun also hat die SPD einen Kanzlerkandidaten ausgerufen, der allerdings einen veritablen Fehlstart hingelegt hat. Um davon abzulenken, dass er zeitgleich zu Plenardebatten hochbezahlte Vorträge außerhalb der Mandatstätigkeit gehalten hat, wird eine Diskussion über mehr Transparenz bei Nebentätigkeiten von Abgeordneten angezettelt. Wie die Diskussion jedoch zeigt, funktionieren die bisherigen Regeln. Die Höhe der jeweiligen Nebeneinkünfte ist transparent und wird in Stufen veröffentlicht. Exakt müssen die Angaben zur Herkunft sein und dabei ist die Unterscheidung wichtig, ob man während der eigentlich für das Mandat aufzuwendenden Zeit hochdotierte Reden und Vorträge hält oder ob man seinen bisherigen Beruf als Landwirt, Handwerker, Arzt oder Anwalt fortsetzt und so ggf. auch den bisherigen Betrieb und die davon abhängigen Arbeitsplätze erhält. Natürlich werden auch diese Einnahmen als „Nebeneinkünfte“ angegeben. In diesen Fällen handelt es sich jedoch um die Sicherung der beruflichen Existenz, um durch die Rückkehrmöglichkeit in den ursprünglichen Beruf die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Mandat zu verhindern. Somit ist Nebentätigkeit in diesen Fällen ein Beitrag zur Unabhängigkeit der Abgeordneten. Wir sind aber grundsätzlich bereit, die Höhe der Einnahmen in weiteren Stufen zu differenzieren. Es wäre schön, wenn die SPD diesmal an der entsprechenden Sitzung auch teilnehmen würde. Auf keinen Fall werden wir eine Regelung akzeptieren, die es Selbstständigen, Handwerkern und Unternehmern nicht mehr möglich macht, Mitglied des Deutschen Bundestages zu sein. Wir wollen kein reines Funktionärs- und Beamtenparlament.

Darüber hinaus spielte auch Europa in dieser Sitzungswoche wieder eine wichtige Rolle. Am Donnerstag hat Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 18./19. Oktober 2012 abgegeben. Dabei ging es auch darum, wie wir zu einem Ausbau der Wirtschafts- und Währungsunion kommen können. Nach wie vor sind Vorschläge im Spiel, die eine tragfähige Zukunft unseres Kontinents gefährden. Wir jedenfalls werden der Vergemeinschaftung von Schulden, wie es die SPD fordert, nicht zustimmen. Wir werden auch bei der Verlagerung von Kompetenzen immer darauf achten, dass es eine parlamentarische Kontrolle gibt – insbesondere bei allen haushaltsrelevanten Fragen. Die Vorschläge der Opposition zeigen, dass es gut für unser Land und Europa ist, dass die Bundeskanzlerin aus unseren Reihen stammt und dass Angela Merkel in Europa unsere deutschen Interessen vertritt. Da wir den europäischen Fiskalvertrag zur Grundvoraussetzung für unsere Zustimmung zum dauerhaften Rettungsschirm ESM gemacht haben, ist die korrekte Umsetzung der Fiskalpaktregeln in unser deutsches föderales System für uns eine Selbstverständlichkeit. Die wesentlichen Vorgaben sind mit der Schuldenbremse und der paralle-

len Einrichtung des Stabilitätsrats bereits erfüllt. Hinzu kommen jetzt europarechtliche Spezifizierungen. Dazu zählen die Obergrenze für das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit von 0,5% des Bruttoninlandsprodukt (BIP), ihre Überwachung durch den Stabilitätsrat sowie die innerstaatliche Aufteilung etwaiger Sanktionszahlungen. Die Defizitgrenze von 0,5% des BIP entspringt dem verschärften Stabilitäts- und Wachstumpakt und schließt Länder, Kommunen und Sozialversicherungen mit ein. Die Regelung der Schuldenbremse, die dem Bund maximal 0,35% und den Ländern künftig keine Neuverschuldung mehr erlaubt, bleibt davon unberührt. Für die Zustimmung des Bundesrates haben wir uns bereit erklärt, zusätzliche 580 Mio. Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung noch 2012 im Rahmen des Nachtragshaushaltes freizugeben.

Das Plenum hat diese Woche bereits am Mittwoch mit einer Debatte über Antisemitismus in Deutschland begonnen. Leider ist dieses Thema noch immer aktuell, wie jüngste Vorfälle in Berlin gezeigt haben. Wir sind froh, dass es nach dem unsagbaren Leid des Holocaust wieder jüdisches Leben in Deutschland gibt, dessen Entwicklung uns ein dauerhaftes Anliegen ist. So hatte der Deutsche Bundestag sich bereits im November 2008, sieben Jahre nach den Pogromen von 1938, an die Bundesregierung gewandt und vor dem Hintergrund der geschichtlichen Verantwortung eine stärkere Förderung jüdischen Lebens in Deutschland gefordert. Grundlage der Debatte ist der Bericht „Antisemitismus in Deutschland - Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze“. Dieser Bericht wurde von einem Expertenkreis erarbeitet, der auf Beschluss des Deutschen Bundestages eingesetzt wurde. Er stellt die sich in antisemitischem Gedankengut darstellende Bedrohung jüdischer Menschen und Gemeinden in unserem Land dar. Voller Abscheu blicken wir auf die Tatsache, dass uns in Deutschland noch immer antisemitische Haltungen in Wort und Tat begegnen. Wenn Vorurteile und Klischees politischen und religiösen Extremisten zum Vorwand für Hassreden und Gewalt dienen, kann das deutsche Parlament das nicht wortlos hinnehmen. Wir begrüßen, dass die von uns getragene Bundesregierung vor allem durch die Stärkung des jüdischen Gemeindelebens in Deutschland, aber auch durch zielgerichtete Maßnahmen der politischen Bildung, kraftvoll gegen Vorurteile und ihre Auswirkungen interveniert. Unser Eintreten gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben in Deutschland zeigt: Für uns das ist es nicht hinnehmbar, dass Extremisten des rechten, aber auch des linken politischen Spektrums sowie radikale Islamisten Gewalt gegen Juden oder den Staat Israel propagieren. Es ist im Übrigen unerträglich, dass sich die Linkspartei als im Bundestag vertretene Partei nicht zu einer eindeutigen Distanzierung von antisemitischen Tendenzen durchringen kann. In der Tradition Konrad Adenauers betonen wir dagegen das Existenzrecht des Staates Israel ebenso, wie die Würde jedes Menschen in unserem Land für uns unverletzlich ist.

## Die Woche im Parlament

**Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus.** Der Bundestag debattierte in dieser Woche über jüdisches Leben in Deutschland und wie Antisemitismus wirkungsvoll begegnet werden kann.

**Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 18./19. Oktober 2012 in Brüssel.** Die Bundeskanzlerin informierte den Bundestag über die zentralen Themen des bevorstehenden Gipfels, insbesondere die Fortschritte bei der Umsetzung des Pakts für Wachstum und Beschäftigung sowie die Entwicklung der Diskussion zur Einrichtung eines einheitlichen europäischen Bankenaufsichtsmechanismus.

**Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Anpassung des Aufsichtsrechts an die Verordnung über die Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (CRD IV-Umsetzungsgesetz).** Die Umsetzung dieser in 1. Lesung beratenen EU-Richtlinie steht für die europaweite Einführung des „Basel III“-Regelwerks. Damit gehen wir einen wichtigen Schritt auf unser Ziel zu, für Banken höhere Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen einzuführen, so dass Verluste besser aufgefangen werden können und der Sektor insgesamt widerstandsfähiger wird. Diese Strategie ist auf dem G-20-Gipfel 2010 in Seoul als Reaktion auf die Finanzmarktkrise vereinbart worden.

**Gesetz zur Flexibilisierung von haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen außeruniversitärer Wissenschaftseinrichtungen (Wissenschaftsfreiheitsgesetz).** In 2./3. Lesung setzten wir eines unserer zentralen wissenschaftspolitischen Vorhaben um und verschaffen damit den außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen mehr Freiraum.

**Achtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen.** Mit der Schlussberatung dieses Gesetzes wird der Wettbewerbsrahmen insbesondere im Bereich der Missbrauchsaufsicht, der Fusionskontrolle und des Verfahrens bei Kartellverstößen weiter verbessert. Ziele der Neuregelungen sind u.a. eine Angleichung der deutschen an die europäische Fusionskontrolle, eine Erweiterung des Handlungsspielraumes kleiner und mittlerer Presseunternehmen und eine Ausdehnung des Kartellrechts auf das wettbewerbsrechtliche Handeln der Krankenkassen.

**Lebensmittelverluste reduzieren.** Unser Antrag unterstützt die aktuelle Verbraucherinformationskampagne des BMELV zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen. In Deutschland werden pro Jahr knapp 11 Mio. Tonnen Nahrungsmittel als Abfall entsorgt, statistisch knapp 100 kg pro Person. Wir zeigen Wege auf, wie zum Ziel der Vermeidung dieser ethisch und ökologisch bedenklichen Verschwendung beigetragen werden kann.

**Gesetz zur Anpassung des Bauproduktengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften an die Verordnung (EU) Nr. 30572011 zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten.** In 2./3. Lesung haben wir das Bundesrecht an die entsprechende EU-Verordnung angepasst, die einen neuen Rechtsrahmen für die Vermarktung und Kennzeichnung von Bauprodukten vorsieht. Dieser enthält im Wesentlichen Zuständigkeits- und Verfahrensbestimmungen, Bußgeld- und Straftatbestände sowie die sich ergebenden Folgeänderungen des Erlasses der EU-Verordnung im übrigen Bundesrecht.

**Verordnung über die Höhe der Managementprämie für Strom aus Windenergie und solarer Strahlungsenergie (Managementprämienverordnung).** Wir haben der Verordnung der Bundesregierung zugestimmt, die eine kurzfristige Absenkung der Managementprämie als Bestandteil der Marktprämie (§ 33g EEG) ab 2013 ermöglicht. Diese Maßnahme dient nicht zuletzt als Beitrag zur Entlastung der EEG-Umlage. Über die Absenkung und Kopplung der verbleibenden Prämie an die Feinsteuerbarkeit der Anlage werden Mitnahmeeffekte vermieden und der Integrationsprozess von Wind- und Solarstrom beschleunigt.

**Gesetz zur Umsetzung des Seearbeitsübereinkommens 2006 der Internationalen Arbeitsorganisation.** Mit dem Gesetzesentwurf sollen die Voraussetzungen zur Ratifizierung des Seearbeitsübereinkommens, einer Charta der Arbeitnehmerrechte für weltweit 1,2 Mio. Seeleuten auf 65.000 Handelsschiffen, geschaffen werden. Diese Charta ist eine Zusammenfassung aller bisherigen Einzelübereinkommen und –empfehlungen, und setzt weltweit verbindliche Mindeststandards. Gleichzeitig setzen wir im 1. Lesung zu beratenden Entwurf die entsprechenden EU-Richtlinien um.

**Gesetz zur Einführung eines Zulassungsverfahrens für Bewachungsunternehmen auf Seeschiffen.** Wir reagieren mit dem Gesetzesentwurf auf zunehmende Akte der Piraterie, denen in der Regel auf hoher See nicht mit einem raschen Eingreifen hoheitlicher Kräfte begegnet werden kann. Mit der Regelung der Einsatzbedingungen für auf maritime Einsätze spezialisierten Sicherheitsdienstleistern leisten wir einen Beitrag zur weiteren Verbesserung der Sicherheit auf Hochseeschiffen.

**Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags.** Mit der 1. Lesung beginnt das parlamentarische Verfahren zu der von Bund und Ländern vereinbarten Umsetzung des europäischen Fiskalpakts für dauerhafte Stabilisierung und Schuldenbremse.

**Zweites Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012.** In 1. Lesung haben wir den zweiten Nachtragshaushalt beraten, der sich aus der Notwendigkeit zur Bereitstellung des deutschen Anteils an der Kapitalerhöhung der Europäischen Investitionsbank (1,6 Mrd. Euro) sowie für die Ergänzung der Bundesunterstützung für den Kita-Ausbau (580,5 Mio. Euro für die Förderung von 30.000 zusätzlichen Plätzen) ergibt. Weiter werden mit Verpflichtungsermächtigungen in der Höhe von 312 Mio. Euro für die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) die haushaltsrechtlichen Grundlagen dafür geschaffen, dass der Bund mit den Ländern Berlin und Brandenburg ggf. noch in diesem Jahr Beschlüsse zur Deckung des notwendigen Kapitalbedarfs der FBB (Darlehen oder Eigenkapital) fassen und in den kommenden Jahren abdecken könnte. Dank Zinsminderungen in der Höhe von 2,2 Mrd. Euro bleibt die Neuverschuldung in diesem Jahr weiterhin unverändert bei 32,1 Mrd. Euro.

**Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge (Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz).** Unser Gesetzesentwurf nahm sich in 1. Lesung der Verbesserung der Handhabbarkeit der privaten Altersvorsorge an. Ziel ist die Stärkung der kapitalgedeckten Altersvorsorge bei einer Stärkung des Verbraucherschutzes, wofür wir knapp 20 Einzelmaßnahmen vorsehen. So nehmen wir u.a. die Anhebung des bisherigen Abzugsvolumens für eine Basisversorgung im Alter von 20.000 Euro auf 24.000 Euro oder die Verbesserung der Produktinformationen für unterschiedliche Formen der Altersvorsorge vor. Wie zahlreiche Anfragen von Bürgern, Verbänden und Medien während der letzten Monate gezeigt haben, stößt das Vorhaben auf erhebliches Interesse.

## Daten und Fakten

**Aussichten für deutsche Wirtschaft stabil.** Am vergangenen Donnerstag haben die führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute der „Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose“ ihr Herbstgutachten 2012 vorgestellt. Darin bescheinigen die Wirtschaftsinstitute der deutschen Wirtschaft Stabilität trotz erheblicher Belastungen durch die Euro-Krise. Die Institute prognostizieren einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 0,8% für das Jahr 2012 und 1,0% für das Jahr 2013. Die Zahl der Arbeitslosen wird sich laut dem Herbstgutachten 2012 und 2013 bei 2,9 Mio. stabilisieren. Dabei wird auch das Budget des Staates sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr annähernd ausgeglichen sein.

(Quelle: Leibniz-Gemeinschaft)

 Fraktion im Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

### Vorsitzender:

Michael Grosse-Brömer MdB  
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de